Freie Wähler
Kreisverband Rhein-Neckar e.V.

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar

Newsletter Nummer 3/2018: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport am 17. April 2018

Entwicklung der Schülerzahlen im Schuljahr 2017/2018

An den beruflichen Schulen (ohne Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZs) des Rhein-Neckar-Kreises werden im Schuljahr 2017/18 insgesamt 10.592 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

Dies entspricht einem Rückgang um 200 Schülerinnen und Schüler und somit einem Minus von 1,86 %. Der Rückgang der Schülerzahlen im Rhein-Neckar-Kreis liegt damit leicht über dem landesweiten Durchschnitt.

Von den 10.592 werden 3.844 Schüler/-innen in Teilzeit und 6.748Schüler/-innen in Vollzeit unterrichtet.

Im Vergleich der Zahlen spiegelt sich der sinkende Landestrend bei den beruflichen Schulen (-1,6 %) auch in den Gesamt Schülerzahlen -1,94 % (incl. SBBZs) im Rhein-Neckar-Kreis wider.

Die Schülerzahlen insgesamt an den Schulen des Kreises haben sich zum ersten Mal in den letzten Jahren wieder fallend entwickelt und schließen mit einem Minus von 219 Schülerinnen und Schüler und einer Gesamtschülerzahl von 11.111 Schüler/-innen ab.

Anzumerken ist jedoch, dass das letztjährige Plus von 263 Schülerinnen und Schüler alleine dem Zuwachs der VABO Schüler von + 239 Schüler/innen zu verdenken war. Ohne diese, hätte bereits im letzten Jahr die Gesamt-Schülerzahl nur mit einem geringen Plus von 24 Schüler/-innen und 10.091 Schülerinnen und Schülern abgeschlossen.

Werden die Ausführungen des von der Fa. Dr. Garbe & Lexis ausgearbeiteten Schulentwicklungsplans mit der heutigen „ist“-Entwicklung der Schülerzahlen im Kreis verglichen, stimmt die rückläufig prognostizierte Schülerzahlveränderung im

L O P
Louise-Otto-Peters-Schule
Hockenheim und Wiesloch

Freie Wähler
Kreisverband Rhein-Neckar e.V.

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar

Verlauf insbesondere bei den Berufsfachschulen, Berufskollegs, Berufsoberschulen und auch der Berufsschule mit den heutigen Gegebenheiten überein.

Bei den beruflichen Gymnasien entwickeln sich die Zahlen jedoch im Verlauf positiv, im Gegensatz zu den Annahmen, was jedoch ausschließlich auf die Beliebtheit der sozialwissenschaftlichen Gymnasien zurückzuführen ist.

Die für das Schuljahr 2017/18 im Gutachten angenommen Schülerzahl von 9.222 weicht jedoch von der tatsächlichen und derzeitigen Schülerzahl mit 10.592 Schülerinnen und Schülern an den beruflichen Schulen des RNK noch deutlich ab.

Der Rückgang tritt somit verzögerter ein als erwartet.

Weiter anzumerken sei, dass zum Zeitpunkt der Gutachtenerstellung die nun eingetretenen Veränderungen durch die beiden Neuen Schularten VABO und AVdual ebenso nicht absehbar waren, wie der Flüchtlingsstrom der vergangenen Jahre.

Kreisrat Konrad Fleckenstein nahm für die Fraktion der Freien Wähler die Zahlen zur Kenntnis. Er bemerkte, dass der Schülerrückgang in erster Linie auf die doch große Abnahme der Schülerzahlen in den VOBAO – Klassen zurückzuführen ist, die ihre Ursache in den zurückgehenden Flüchtlingszahlen hat.

Berufliche Schulen in der Trägerschaft des Rhein-Neckar-Kreises - Sachstandsbericht über die Schulversuche

- **Zusatzqualifikation CAD/CNC-Technik im Ausbildungsberuf Zimmerer/Zimmerin an der Theodor-Frey-Schule Eberbach**

Im Rahmen eines Schulversuchs, welcher durch das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg ab dem Schuljahr 2017/2018 durchgeführt wird, haben Auszubildende im Zimmererhandwerk die Möglichkeit, eine landesweit abgestimmte Zusatzqualifikation CAD/CNC-Technik im Ausbildungsberuf Zimmerer/Zimmerin zu erwerben.

Hierfür hat eine Arbeitsgruppe aus schulischen Vertretern der vier Regierungspräsidien im Auftrag des Kultusministeriums die Grundlagen für eine geplante schulische Zusatzqualifikation erarbeitet.

Freie Wähler
Kreisverband Rhein-Neckar e.V.

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar

Die freiwillige schulische Zusatzqualifikation ist ein Angebot für Auszubildende und wurde in Abstimmung mit den für die überbetrieblichen Ausbildungsanteile im Zimmererhandwerk zuständigen Ausbildungszentren Biberach und Bühl entwickelt.

Sie kann bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen an den beruflichen Schulen selbst oder im Rahmen der überbetrieblichen Ausbildung erfolgen.

Theodor-Frey-Schule Eberbach

Die Zusatzqualifikation bildet für das rechnergestützte Konstruieren und Abbinden von Holzkonstruktionen erforderliche grundlegende Kompetenzen ab, die bei Teilnahme am Schulversuch innerhalb der geltenden Stundentafel für den Unterricht an der Berufsschule in drei Jahren erworben werden können

An der Theodor-Frey-Schule läuft bereits seit dem Schuljahr 2016/2017 in einer schulinternen Testphase ein 20-stündiger CAD-Kurs in den beiden Klassen der Berufsfachschule Bautechnik.

Ab dem Schuljahr 2017/2018 wurde darauf aufbauend die Zusatzqualifikation CAD/CNC-Technik im Ausbildungsberuf Zimmerer/Zimmerin im Rahmen eines Schulversuchs nach § 22 Schulgesetz eingeführt.

Hierfür hat die Schule im Schuljahr 2017/2018 in der Berufsfachschule Bautechnik – Zimmerer–und in der Fachstufe IZimmerer–das Wahlpflichtfach eingerichtet.

Aktuell nehmen insgesamt 34 Schülerinnen und Schüler teil.

Die Theodor-Frey-Schule ist für alle Zimmerinnen und Zimmerer der Region Rhein-Neckar-Kreis, Mannheim, Heidelberg bis an die Grenzen des Landkreises Karlsruhe zuständig. Durch die Teilnahme an dem Schulversuch und dem Erwerb der Zusatzqualifikation wird das bereits bestehende qualitativ hochwertige berufs-schulische und betriebliche Ausbildungsangebot erweitert.

Für die Aufrüstung der Komponenten der datenverarbeitenden Systeme einschließlich der Programme, welche zur Durchführung des Schulversuchs „Zusatzqualifikation CAD/CNC-Technik im Ausbildungsberuf Zimmerer/Zimmerin“ an der Theodor-Frey-Schule erforderlich sind, werden Ausgaben in Höhe von 14.000 € erwartet. Die Finanzierung erfolgt über den bereits genehmigten laufenden Schuletat. Zusätzliche räumliche Ressourcen werden nicht benötigt.

Freie Wähler
Kreisverband Rhein-Neckar e.V.

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar

- **PIA - Praxisintegrierte Ausbildung an der Albert-Schweitzer-Schule Sinsheim, Helen-Keller-Schule Weinheim und Louise-Otto-Peters-Schule Wiesloch**

HELEN-KELLER-SCHULE
WEINHEIM

An den drei hauswirtschaftlich-sozialpädagogischen Berufsfachschulen wurde zum Schuljahresbeginn 2013/14 flächendeckend die Praxisintegrierte Ausbildung an den Fachschulen für Sozialpädagogik als Schulversuch mit je einer Klasse eingeführt.

Die Ausbildung soll dazu befähigen, Erziehungs-, Bildungs-und Betreuungsaufgaben zu übernehmen und in allen sozialpädagogischen Bereichen selbständig und eigenverantwortlich als Erzieherin oder Erzieher tätig zu sein. Die Schule vermittelt gemeinsam mit der Ausbildungseinrichtung die hierzu erforderliche berufliche Handlungskompetenz. Darüber hinaus führt sie die Allgemeinbildung weiter und ermöglicht durch Zusatzunterricht und eine Zusatzprüfung den Erwerb der Fachhochschulreife. Die Ausbildung dauert drei Jahre und gliedert sich in theoretische und praktische Ausbildungsanteile.

Die praktische Ausbildung umfasst mindestens 2.000 Stunden.

Mit erfolgreichem Abschluss der gesamten Ausbildung wird die Berufsbezeichnung „Staatlich anerkannte Erzieherin“ oder „Staatlich anerkannter Erzieher“ erworben.

Laut aktueller Schulstatistikliegen im Schuljahr 2017/2018 folgende Schülerzahlen vor:

- Albert-Schweitzer-Schule Sinsheim 23 Schülerinnen und Schüler
- Helen-Keller-Schule Weinheim 47 Schülerinnen und Schüler
- Louise-Otto-Peters-Schule Wiesloch 100 Schülerinnen und Schüler
- Insgesamt also 170 Schülerinnen und Schüler

Am 28. Juni 2017 wurde die BKSPIT-VO erlassen. Damit wurde ein zunächst als Schulversuch gestarteter Ausbildungsweg der Praxisintegrierten Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher erfolgreich dauerhaft verankert.

Freie Wähler
Kreisverband Rhein-Neckar e.V.

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar

- **Projekt „Niveaudifferenziertes Lernen digital gestalten“ in den Schulversuchen AVdual/BFPE zum Schuljahr 2018/2019 an der Theodor-Frey-Schule Eberbach und der Ehrhart-Schott Schule Schwetzingen - Weiterführung**

Im Dezember 2017 führte das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport in Kooperation mit dem Landesinstitut für Schulentwicklung die Ausschreibung zur Weiterführung eines Tablet-Projekts durch, um den pädagogischen Ansatz der Schulversuche auch im digitalen Umfeld zu erproben und entsprechende Erfahrungen zu sammeln. Wesentliche Auswahlkriterien waren unter anderem die bereits bestehende Teilnahme an einem der beiden oben genannten Schulversuche (AVdual oder BFPE) sowie eine vorhandene Netzwerkinfrastruktur und vorhandene Kompetenzen im Umgang mit mobilen Endgeräten und in der Verwendung von Moodle, einer Lernplattform, deren Software die Möglichkeiten zur Unterstützung kooperativer Lehr-und Lernmethoden in virtuellen Kursräumen bietet.

Ehrhart-Schott-Schule
Schwetzingen

Wichtigstes Ziel des Projekts ist die Weiterentwicklung des Unterrichts. Insbesondere soll niveaudifferenziertes Lernen mit mobilen Endgeräten unterstützt und getestet werden, die Selbststeuerung der Schülerinnen und Schüler angeregt werden,-das Lernangebot und das Management der Lerngruppe durch die Lehrkräfte mittelsMoodle und dem Moodl-Plugin DAKORA, zur Auswahl von individuellen Lernmaterialen, unterstützt werden, und -projekt-, teamorientiertes und interaktives Lernen unter Berücksichtigung des Internets unterstützt werden.

Neben der erfolgreichen Bewerbung der Ehrhart-Schott-Schule zur Weiterführung des Projekts war in diesem Jahr die Theodor-Frey-Schule mit ihrer Erstbewerbung als weitere berufliche Schule des Rhein-Neckar-Kreises erfolgreich.

Am Landesinstitut für Schulentwicklung wurden seit 2013 Kompetenzraster, Lernwegelisten und Lernmaterialien entwickelt, wodurch neben einer strukturierten Plattform zur Bereitstellung von Unterrichtsmaterial auch die digitale Unterstützung individueller Lernwege bis zur differenzierten Leistungsrückmeldung technisch umgesetzt und gewährleistet ist.

Deshalb werden auch bereits jetzt im laufenden Schuljahr 2017/2018 alle ausgewählten Schulen Baden-Württembergs zur Weiterentwicklung des niveaudifferenzierten Lernens mit mobilen digitalen Endgeräten ausgestattet und so auf deren Echteinsatz ab dem Schuljahr 2018/2019 vorbereitet.

Freie Wähler
Kreisverband Rhein-Neckar e.V.

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar

Ebenso werden die am Projektteilnehmenden Lehrkräftezwischen April und Juli 2018 in insgesamt vier Workshops im Umgang mit den mobilen Endgeräten, deren didaktischem Nutzen und der Anwendung geschult und über wichtige Fragen des Datenschutzes und des Urheberrechts informiert.

Nach Abschluss der vorbereitenden Maßnahmen wird in der Durchführungsphase ab dem Schuljahr 2018/2019 den Schulen neben einem Support in technischen, rechtlichen und pädagogischen Fragestellungen auch Gelegenheit zu einem Austausch gegeben. Um die Erkenntnisse und Wirkungen des Projekts strukturiert zu erfassen und auszuwerten, ist eine projektbegleitende Evaluierung vorgesehen.

Theodor-Frey-Schule Eberbach

Der Schulträger hat sich im Rahmen der Bewerbungen für das Projekt gegenüber dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württembergschriftlich bereit erklären müssen, die Schulen, sofern es erforderlich ist, bei der Umsetzung und Realisierung zu unterstützen.

Sowohl an der Ehrhart-Schott-Schule als auch an der Theodor-Frey-Schule werden jeweils eine Lerngruppe mit ca. 20 Schülerinnen und Schülern an dem Projekt teilnehmen. Genaue Schülerzahlen liegen aktuell noch nicht vor.

Nach Einschätzung des Schulträgers aus den Erfahrungen der Teilnahme der Ehrhart-Schott-Schule mit einer Lerngruppe an der ersten Tranche im Schuljahr 2017/2018 werden pro Schule für das Projekt Ausgaben in Höhe von voraussichtlich 40.000 € anfallen, welche von der Ehrhart-Schott-Schule und der Theodor-Frey-Schule aus dem bereits genehmigten laufenden Schuletat bestritten werden.

Für die Freien Wähler erklärte **Kreisrat Konrad Fleckenstein** in seiner Stellungnahme, dass die Digitalisierung auch immer mehr das Handwerk erfasse und die Berufsschulen darauf vorbereitet sein müssen. Die Einrichtung einer Zusatzqualifikation CAD/CNC-Technik im Ausbildungsberuf Zimmerer/Zimmerin sei daher auch nur folgerichtig.

In der Sache PIA – Ausbildung seien die nun doch nach anfänglich etwas geringeren Anmeldezahlen doch erfreulich gestiegenen Zahlen sehr positiv zu vermerken. Das sei auch ein Beleg für die Attraktivität dieser Ausbildung.

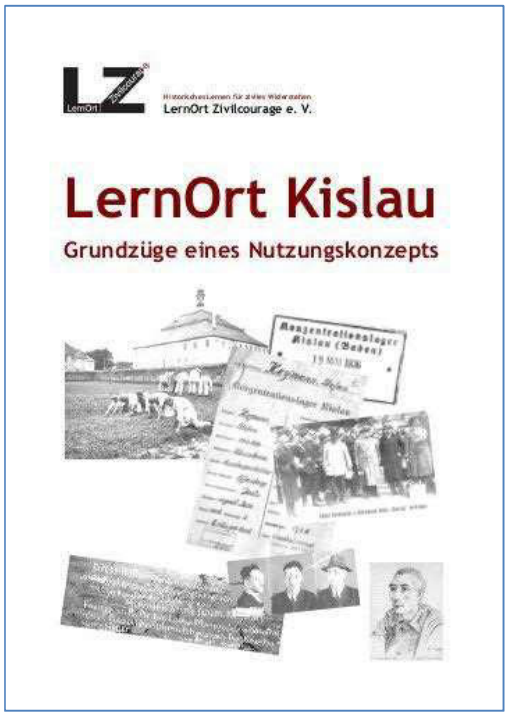
Angesichts der immer größer werdenden Heterogenität der Schüler auch in den Berufsschulen, so Konrad Fleckenstein für die Freien Wähler, führe kein Weg an einem niveaudifferenzierten Lernen vorbei. Die digitale Gestaltung des niveaudifferenzierten Lernens könne hierbei nur hilfreich und förderlich sein.

Freie Wähler
Kreisverband Rhein-Neckar e.V.

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar

„Lernort Kislau“ - Entscheidung über zukünftige Förderung

Am 20. Dezember 2017 hat der Landtag mit der Verabschiedung des Landeshaushalts 2018/2019 die vom Finanzausschuss des Landtags am 22. November 2017 beschlossene jährliche Förderung des Projekts „Lernort Kislau“ in Höhe von 140.000 €genehmigt.



Es handelt sich dabei um ein vom gemeinnützigen Verein „Lernort Zivilcourage & Widerstand“ 2014/2015 initiiertes Projekt, im ehemaligen Konzentrationslager Kislau, in dem von 1933 bis 1939 mehr als 700 politische Gefangene aus dem nordbadischen Raum - ein Großteil aus dem Gebiet des Rhein-Neckar-Kreises - interniert waren, einen außerschulischen „Lernort-Standort“ zur „Demokratie-Erziehung“ einzurichten. Hierfür hat der Verein ein sehr gutes, umfassendes didaktisches Konzept entwickelt, das vor allem junge Leute mithilfe moderner medialer Techniken und Mittel an das Thema „Demokratie lernen aus Geschichte“ heranführen will.

Im Mittelpunkt steht dabei die badische Landesgeschichte der Jahre 1918 bis 1945 und der politische und kirchliche Widerstand gegen den Nationalsozialismus.

Nachdem das Land seit 2015 durch eine jährliche investive Anschubfinanzierung in Höhe von 200.000 € die erste Phase der Einrichtung des „Lernorts Kislau“ getragen hat, gilt es – unabhängig von der jährlichen Förderung des Landes ab 2018 in Höhe von 140.000 €– nun einerseits die inhaltlich-pädagogische Konzeption des Dokumentations-und Ausstellungszentrums weiter fortzuentwickeln und andererseits den Bestand bzw. die Nachhaltigkeit des „Lernorts Kislau“ zu gewährleisten bzw. zu verstetigen. Hierfür sollen ab 2018 die nordbadischen Gebietskörperschaften regelmäßig einen finanziellen Komplementäranteil in Höhe von mindestens 60.000 € pro Jahr beisteuern, um die vom Land ab 2018 abgesenkten Mittel für den Dauerbetrieb auszugleichen. Von Seiten des Vereins wurde im November 2017 hierfür ein Entwurf vorgelegt, der für den kommunalen Komplementäranteil jährlich gestaffelte Förderbeiträge der Gebietskörperschaften vorsieht, die entsprechend der jeweiligen Einwohner-und Schülerzahl veranschlagt werden sollen. Für den Rhein-Neckar-Kreis sollte dieser in Höhe von 18.000 € bis 25.000 € liegen.

Für die Freien Wähler führte **Kreisrat Konrad Fleckenstein** aus, dass das Projekt zweifelsohne ein wichtiges und gutes Projekt ist. Er bejahte den von der Verwaltung

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar

vorgeschlagenen Zuschuss in Höhe von 20.000.-€, allerdings erst einmal für ein Jahr. Danach müsse nach einem Monitoring wieder neu über einen entsprechenden Zuschuss entschieden werden.

Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 19. April 2018

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss beschäftigte sich unter anderem mit der Haushaltsentwicklung sowie der Neuordnung der IT im Konzern Rhein-Neckar-Kreis in seiner Sitzung am 19. April 2018.

Enteignungsbehörde

Dr. Josef Doll (CDU), Dr. Ralf Göck (SPD), Jürgen Schmitt (Freie Wähler) und Winfried Glasbrenner (Bündnis 90/Die Grünen) werden als Beisitzer für die Enteignungsbehörde beim Regierungspräsidium Karlsruhe vorgeschlagen.

Neuordnung der IT im Konzern Rhein-Neckar-Kreis

Der Verwaltungs- und Finanzausschuss nahm die Neuordnung der IT im Konzern Rhein-Neckar-Kreis und den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zur Kenntnis.

Mit dem Ziel, den zunehmend verschiedenen Herausforderungen der IT-Branche insbesondere im kommunalen Sektor erfolgreich zu begegnen, haben sich das Landratsamt, der Eigenbetrieb Bau und Vermögen sowie die Gesellschaften des Kreises (- Jugendeinrichtung Stift Sunnisheim, GRN und AVR - entschlossen, eine enge Partnerschaft im Bereich der IT einzugehen.

Kreisrat Hans Zellner begrüßte für die Fraktion der Freien Wähler die Bündelung der Kräfte im IT-Bereich.

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar

Baumaßnahmen

In seiner Zuständigkeit als Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Bau und Vermögen beschloss der der Verwaltungs- und Finanzausschuss die Kostenfeststellungen für folgende Vorhaben beschließen:

Umbau Außenstelle Ladenburg (Trajanstraße) mit Feuerwehrgarage, Gemeinschaftsunterkunft Bammental, Gemeinschaftsunterkunft Weinheim und Gemeinschaftsunterkunft Wiesloch.

Außerdem stimmte der Ausschuss der Aufnahme der Planungen für die Sanierung des Straßenmeistereistützpunkts Eberbach einschließlich Neubau einer Salzhalle mit Salzsilo und für verschiedene Brandschutzmaßnahmen beim Stift Sunnisheim zu.

Weitere Informationen…..

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: **http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen**

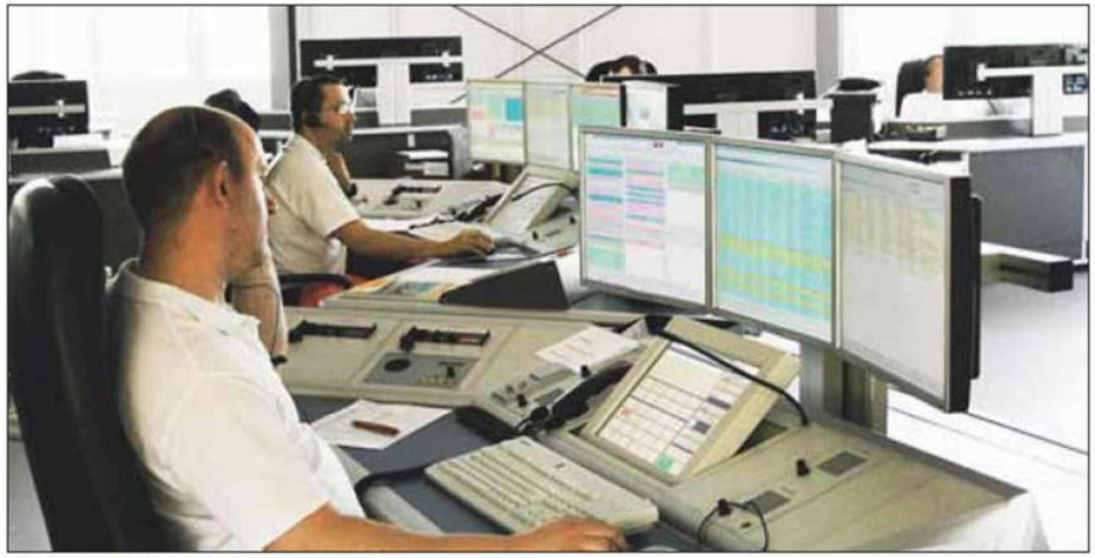
Freie Wähler
Kreisverband Rhein-Neckar e.V.

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar

Landrat vermutet „vorgeschobene Gründe“

Ärger um Rettungsleitstelle in Ladenburg geht weiter – Harte Kritik am Arbeiter-Samariter-Bund – Innenministerium greift ein

Von Stefan Hagen



Blick in die Einsatzzentrale der Integrierten Leitstelle in Ladenburg. Foto: Ira

Rhein-Neckar. Der Rhein-Neckar-Kreis wehrt sich weiter vehement gegen Vorwürfe, die der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) in Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen in der Integrierten Leitstelle Rhein-Neckar mit Sitz in Ladenburg erhoben hat. Sogar das Innenministerium in Stuttgart hat sich eingeschaltet und vom Landratsamt einen Bericht angefordert, sagte Uwe Herzel, Pressesprecher des Regierungspräsidiums Karlsruhe (RP) auf RNZ-Nachfrage.

Von der Leitstelle Ladenburg wird der Rettungsdienst für die Städte Heidelberg und Mannheim sowie den Rhein-Neckar-Kreis koordiniert. Ab 2019 wird es zwei Leitstellen geben – eine für die Stadt Heidelberg und den Rhein-Neckar-Kreis in Ladenburg und eine weitere in Mannheim (die RNZ berichtete).

Träger der Leitstelle sind derzeit der Rhein-Neckar-Kreis sowie das Rote Kreuz (DRK) Mannheim und das DRK Rhein-Neckar/Heidelberg. 49 Mitarbeiter nehmen im Schichtbetrieb hier Notrufe entgegen. Das DRK wird dabei vom Arbeiter-Samariter-Bund und der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) unterstützt.

In einem Schreiben an die Träger hat der ASB nun die Zusammenarbeit mit dem DRK zum 30. September aufgekündigt. Als Gründe nennt die Rettungsorganisation unter anderem schlechte Mitarbeiterführung innerhalb der Leitstelle, Überbelastung der Mitarbeiter sowie „signifikante Ausfallzeiten“ beim Personal des Trägers – also dem DRK. Insgesamt würden unzumutbare Arbeitsbedingungen herrschen, deshalb die Kündigung.

Zudem wurden in Protokollen von Mitarbeiterversammlungen der Vorwurf laut, dass Disponenten vorsätzlich Notrufe nicht angenommen hätten. Überdies würden unwichtige Telefonate geführt und so Notrufleitungen blockiert. Eine Situation, die nun also auch das Innenministerium auf den Plan gerufen hat. „Wir warten jetzt den angeforderten Bericht ab, um uns ein genaues Bild der Lage machen zu können“, sagt RP-Sprecher Herzel. Er gehe davon aus, dass der Bericht „zeitnah“ eintreffe. Und dann werde man sich der Sache umgehend widmen.

Derweil hat Landrat Stefan Dallinger seinem Ärger über die vom Arbeiter-Samariter-Bund erhobenen Vorwürfe Luft gemacht. „Die Argumentation des ASB für den Ausstieg ist für uns in keiner Weise nachvollziehbar“, sagte der CDU-Politiker gestern in der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses. Unverständlich sei dies insbesondere vor dem Hintergrund, „dass die Träger wegen der wiederholten Überlastungsanzeige eines einzelnen ASB-Mitarbeiters mit dem ASB in einem engen und abgestimmten Dialog stehen.“ Die vom ASB genannten Gründe könne man nicht akzeptieren. „Wir gehen deshalb davon aus, dass es sich um vorgeschobene Gründe handelt“, fährt Dallinger schweres Geschütz auf. Diese würden wohl in einem von den Leitstellenträgern initiierten Prozess zur weiteren Optimierung der Qualität liegen. Mit diesem Prozess könne der ASB offenbar nicht Schritt halten, ätzt der Landrat in Richtung des Rettungsdienstes.

Dann wird Dallinger noch deutlicher: „Darüber hinaus darf spekuliert werden, ob der ASB durch die angekündigte Maßnahme vielleicht zukünftige Veränderungen im Rettungsdienstbereich strategisch vorbereiten und sich für eine Einbindung in die künftige Leitstelle Mannheim empfehlen möchte.“ Man weise deshalb die Vorwürfe des ASB in aller Form zurück. „Die Art und Weise wie das hier kommuniziert wurde, ist zudem absolut respektlos, auch weil dadurch die Arbeit der Leitstellenmitarbeiter in ein schlechtes Licht gerückt wird“, ärgert sich der Landrat. Mit der Vorgehensweise sei zudem die jahrelang praktizierte vertrauensvolle Zusammenarbeit sehr belastet worden.

Im Übrigen stelle der ASB mit sieben Stellen, im Verhältnis zur Gesamt-Mitarbeiterzahl von 49 Personen, eine untergeordnete Anzahl von Mitarbeitern. Zudem seien die Mitarbeiter des ASB nicht zu 100 Prozent in der Leitstelle tätig, sondern würden auch im Fahrdienst eingesetzt. Er gehe deshalb davon aus, so Dallinger, „dass wir die Lücke, die der angekündigte Weggang der ASB-Disponenten hinterlässt, rasch schließen werden“.

Rhein-Neckar-Zeitung, 20. April 2018

Freie Wähler
Kreisverband Rhein-Neckar e. V.

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar

„Die Notrufe werden effizient bearbeitet“

Rettungsleitstelle: Ordnungsdezernent Christoph Schauder nimmt zu Äußerungen Mannheimer Kommunalpolitiker Stellung

Von Stefan Hagen

Rhein-Neckar. Christoph Schauder ist ein Mann, der seine Emotionen stets im Griff hat. Im Gesicht des Dezernenten für Ordnung und Gesundheit im Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis lässt sich sein Gemütszustand in aller Regel nicht ablesen. Das ändert sich allerdings schlagartig, wenn die Rede auf die Rettungsleitstelle in Ladenburg kommt. Plötzlich strafft sich sein Körper, die Augen verengen sich, Schauder holt tief Luft: „Da werden von der Mannheimer Kommunalpolitik verschiedene Themenkomplexe durcheinandergeschmissen“, sagt er diplomatisch. Dann verfinstert sich seine Miene.

Schauder ärgern Äußerungen, die im Ausschuss für Sicherheit und Ordnung der Stadt Mannheim gefallen sind (die RNZ berichtete). Dort sei unter anderem der Eindruck erweckt worden, dass im Bereich der Rettungsleitstelle Ladenburg in diesem Jahr bereits über 1000 Arbeitsstunden ausgefallen seien.

Zudem sei bemängelt worden, dass die Leitstelle in Ladenburg die schlechteste Annahmezeit von Notrufen innerhalb des Landes aufweise. Vom ersten Klingeln des Telefons in der Leitstelle bis zur Alarmierung des Rettungsdienstes sollen hier im Durchschnitt über sechs Minuten vergangen sein, hieß es im Ausschuss.

„Das stimmt so natürlich nicht“, sagt Schauder. Diese Zahl stamme aus einem Mitarbeiterprotokoll, aus dem im Ausschuss wohl zitiert worden sei. Die durchschnittliche Erstbearbeitungszeit würde in der Leitstelle exakt 2,41 Minuten betragen, erläutert der Ordnungsdezernent. „Im Einzelfall kann es natürlich länger dauern – etwa bei komplizierten Fällen“, schiebt er hinterher. Was Schauder ärgert, ist vor allem der Eindruck, der hier entsteht. „Sechs Minuten“, diese Zahl stehe nun quasi als Normalfall im Raum.

Auch der Eindruck, dass im Bereich der Leitstelle über 1000 Arbeitsstunden ausgefallen seien, wurmt den Ordnungsdezernenten. Denn die betreffenden Stunden seien dem Bereich „Rettungsdienstliche Versorgung“ zuzuordnen. „Und hier gibt es in der Tat Probleme“, räumt Schauder ohne Zögern ein.

Ordnungsdezernent Christoph Schauder.

Da das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis in diesem Bereich Rechtsaufsichtsbehörde ist, kennt Schauder natürlich die Zusammenhänge. Ein Rettungsdienst habe in den ersten Monaten des Jahres „signifikante Ausfallzahlen“ gehabt, erläutert er. Um welchen „Leistungserbringer“ es sich handelt, will Schauder nicht sagen.

Der betreffende Rettungsdienst habe mittlerweile eine ausführliche und nachvollziehbare Stellungnahme zu den Gründen der Ausfälle abgegeben und zeige „aktuelle Verbesserungsbemühungen auf“, betont der Ordnungsdezernent.

Gegenwärtig sei davon auszugehen, dass es sich um einen vorübergehenden Anstieg der Ausfallzahlen handelt. Selbstverständlich werde man auf die Entwicklung weiterhin ein sehr wachsames Auge richten.

Dann nennt er zu diesem Themenkomplex ein Beispiel: Alleine die Erweiterung von 1,5 Rettungswagen auf zwei Rettungswagen im 24-Stunden-Betrieb an 365 Tagen im Jahr am Standort Sinsheim bedeute eine Erweiterung um 4380 Betriebsstunden pro Jahr. Vor diesem Hintergrund müsse bei der Beurteilung von Ausfällen in der Notfallrettung immer auch die Gesamtgröße in der Relation betrachtet werden. „Daher empfehle ich in dieser Angelegenheit verbal abzurüsten und zur Sachlichkeit zurückzukehren.“

Wegen der Vorwürfe gegen die Leitstelle – unter anderem unzumutbare Arbeitsbedingungen, Disponenten hätten vorsätzlich Notrufe nicht angenommen, Notrufleitungen würden durch unwichtige Telefonate blockiert – hatte das baden-württembergische Innenministerium einen Bericht von der Trägern der Leitstelle angefordert.

Am Mittwoch hat nun ein Gespräch in Stuttgart stattgefunden, an dem neben Vertretern des Innenministeriums die Geschäftsführung der Leitstelle sowie Vertreter des Rhein-Neckar-Kreises, des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg und des Regierungspräsidiums Karlsruhe teilgenommen haben. „Wir haben vermittelt, dass die Funktionalität und Erreichbarkeit der Leitstelle in Ladenburg jederzeit gewährleistet war und wir darüber hinaus bereits seit längerem einen Optimierungsprozess durchführen“, berichtet Schauder.

Dieser umfasse zum einen Verbesserungen im Bezug auf die Leitstellentechnik und der Software. Zum anderen erstrecke sich der bereits angestoßene Optimierungsprozess auf die Bereiche der Personalausstattung und Qualifikation sowie der Arbeitsorganisation. „Diese Maßnahmen sollen die Leistungsfähigkeit der Leitstelle kontinuierlich und nachhaltig weiterentwickeln“, betont der Ordnungsdezernent. Einvernehmen habe dahingehend bestanden, dass Verbesserungen erreicht werden müssten.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe als Rechtsaufsichtsbehörde werde den bereits angestoßenen Qualitätsverbesserungsprozess sowie die personelle Kompensation wegen des Ausscheidens des Arbeiter-Samariter-Bundes in den nächsten Monaten begleiten.

„Die Rettungsleitstelle Rhein-Neckar leistet eine ausgezeichnete Arbeit“, gibt sich Schauder abschließend kämpferisch. „Diese lassen wir uns durch ein offensichtlich interessengesteuertes und gleichzeitig unverantwortliches Störfeuer nicht zerreden.“ Die Bürger könnten sich darauf verlassen, dass ihre Notrufe in der Leitstelle effizient bearbeitet werden.

Freie Wähler
Kreisverband Rhein-Neckar e. V.

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar

Große Schautafeln lassen 45 Jahre Geschichte lebendig werden

Ausstellung im Landratsamt in Heidelberg zum „unrunden" Jubiläum des Rhein-Neckar-Kreises – Gründung am 1. Januar 1973

Rhein-Neckar. (RNZ) Wie der Rhein-Neckar-Kreis entstanden ist und wie er sich entwickelt hat, darüber berichtet eine Foto-Ausstellung im Landratsamt, die jüngst zur Feierstunde 45 Jahre Rhein-Neckar-Kreis vorgestellt wurde. Am 1. Januar 1973 ins Leben getreten, hat er nun schon ein stattliches Alter erreicht, eines, bei dem manche schon eine Midlife-Crisis bekommen, doch beim Rhein-Neckar-Kreis gibt es heute von Krise keine Spur, obwohl natürlich in der Zwischenzeit auch schwierige Zeiten durchgestanden werden mussten.

Sichtbar machen diese Kreisgeschichte elf riesige Tafeln, auf denen der Weg des Rhein-Neckar-Kreises von seiner Entstehung bis heute in Bildern zu wichtigen Ereignissen dargestellt wird und die aufzählen, was Jahr für Jahr von Bedeutung gewesen ist.

Wie sich der Rhein-Neckar-Kreis zu einem „wirtschaftsstarken, fortschrittlichen Partner in der Metropolregion Rhein-Neckar", so Landrat Stefan Dallinger, entwickelt hat, ist durchaus interessant. Zu Beginn eher ungeliebt, denn die ehemaligen, durch das Kreisreformgesetz von 1971 aber verbundenen Landkreise Heidelberg, Mannheim und der größere Teil Sinsheims waren durchaus leistungsfähige Einheiten mit vielen Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Im größeren Verbund und durch die Anstrengungen der Kreisräte sowie der drei Landräte Albert Neckenauer (1973 bis 1986), Jürgen Schütz (1986 bis 2010) und Stefan Dallinger (seit 2010) gilt der Kreis heute als moderner, effizienter Dienstleister für nahezu 545 000 Einwohner (1973: 425 600). Dass er nach der Einwohnerzahl der drittgrößte in Deutschland ist, kann als ein Barometer für die Attraktivität des Rhein-Neckar-Kreises und seine wirtschaftliche Bedeutung gelten, heißt es in einer Mitteilung aus dem Landratsamt.

Natürlich ziehen sich viele Themen wie ein roter Faden durch die 45 Jahre. Allerdings haben sie sich auf ein viel komplexeres Niveau erhoben. In der Bildung geht es, wie in den ersten Jahrzehnten zwar noch immer um den Schulbau, wie der vor wenigen Wochen eingeweihte Neubau der Louise-Otto-Peters-Schule in Hockenheim unterstreicht. Doch noch viel mehr beschäftigen den Kreis die Ausbildungsmöglichkeiten im digitalen Zeitalter, Stichwort Industrie 4.0 und Lernfabrik 4.0, die der Landrat als „wichtige Bausteine zur Mitgestaltung der digitalen Revolution" ansieht.

Weiter wichtig ist das kreiseigene Glasfasernetz für das schnelle Internet, dessen „backbone" in Kürze fertiggestellt wird. Die Abfallwirtschaft, heißt es in der Mitteilung weiter, ist heute ebenso unverzichtbar wie damals, doch die Abfallverwertungsgesellschaft des Rhein-Neckar-Kreises (AVR) ist mit ihren Gesellschaften mittlerweile zu einem Akteur für Klimaschutz und die Produktion und den Einsatz regenerativer Energien geworden. Jüngstes Kind ist eine hochmoderne Bioabfallvergärungsanlage, für die kürzlich der erste Spatenstich stattfand. Der regionalen Gesundheitsvorsorge wird unter anderem mit vier Kliniken der Gesundheitszentren Rhein-Neckar (GRN) Rechnung getragen. Das neue GRN-Betreuungszentrum und die Altersmedizin Weinheim, ein 48-Millionen-Euro-Projekt, befinden sich im Bau.

Landrat Stefan Dallinger (r.) und sein Vorgänger Jürgen Schütz vor einer der Schautafeln, die die Geschichte des Rhein-Neckar-Kreises illustrieren. Foto: Dorn

Der Nahverkehr, den der Kreis seit 1991 intensiv fördert, soll durch die Weiterentwicklung zu einem echten und vollwertigen Mobilitätsplan eine innovative Richtung erhalten. Dies sei auch notwendig, heißt es in der Mitteilung, denn der Verkehr sei seit 1973 geradezu „explodiert". Waren damals rund 125 000 Fahrzeuge im Kreis zugelassen, so sind es heute rund 440 000.

Wer die von der Fotografin Dorothea Burkhardt, Kreisarchivar Jörg Kreutz und Berno Müller zusammengestellte Ausstellung betrachtet, wird Vieles wiederfinden, an das man sich erinnert und Einiges wiederentdecken, das vielleicht in Vergessenheit geraten ist.

Ein Blick lohnt sich allemal, um sich einen Überblick über die Leistungen des Rhein-Neckar-Kreises in 45 Jahren zu verschaffen, die alle dazu beigetragen, dass er ein lebenswerter, sozialer, weltoffener Wirtschaftsraum ist.

ⓘ **Info:** Ab sofort können die Tafeln auch im Internet auf der Homepage des Kreises (www.rhein-neckar-kreis.de/45jahre) angeschaut werden, die Ausstellung im Foyer des Landratsamts, in der Heidelberger Kurfürsten-Anlage 38-40, läuft noch bis zum 18. Mai.

Rhein-Neckar-Zeitung, 25. April 2018

Meilenstein in Sachen „Buckelpiste“

Vertrag macht Weg für Sanierung des Gemeindeverbindungswegs zwischen Brombach und Heddesbach frei

Von Marcus Deschner

Eberbach/Heddesbach. Eine fast schon unendliche Geschichte nähert sich ihrem Finale: Bei der geplanten Sanierung des Gemeindeverbindungswegs zwischen Brombach und Heddesbach ist man jetzt einen ganz großen Schritt vorangekommen. Eberbachs Bürgermeister Peter Reichert und sein Heddesbacher Kollege Hermann Roth unterzeichneten im Eberbacher Rathaus den gemeinsamen Antrag beider Kommunen zur Einleitung eines Flurneuordnungsverfahrens.

Im Rahmen dessen soll die Verbindungsstraße umfassend saniert werden. Bei der von Reichert gar als „historischen Moment“ gewürdigten Vertragsunterzeichnung waren auch der Leiter des Amts für Flurneuordnung, Lothar Schlesinger, die Landtagsabgeordneten Hermino Katzenstein (Grüne) und Albrecht Schütte (CDU), Stadtbauamtsleiter Steffen Koch, Ortsvorsteher Viktor Hartmann sowie Erster Landesbeamter Joachim Bauer dabei.

Jahrzehntelang wurde um die Sanierung der knapp drei Kilometer langen Gemeindeverbindungsstrecke gerungen (die RNZ berichtete mehrfach). Der Weg verläuft zwar zu 90 Prozent über Heddesbacher Gemarkung, wird aber hauptsächlich von Bürgern des Eberbacher Stadtteils Brombach genutzt, die Richtung Bergstraße zur Arbeit fahren.

Der seit 1963 als Gemeindeverbindungsweg gewidmete „bessere Waldweg“ wurde immer wieder „geflickt“, wegen seines desolaten Zustands aber bereits seit 2010 über die Wintermonate für den Verkehr gesperrt.

Die Bürgermeister Peter Reichert (Eberbach/r.) und Hermann Roth (Heddesbach) bei der Vertragsunterzeichnung. Im Hintergrund freuen sich Erster Landesbeamter Joachim Bauer (r.) und Amtsleiter Lothar Schlesinger.

Doch die Situation wurde immer schlimmer, weshalb der Gemeindeverwaltungsverband Schönau den Weg 2016 entwidmete. Seither ist die Durchfahrt verboten. In Brombach regte sich heftiger Widerstand gegen die Sperrung, eine Bürgerinitiative wurde gegründet, der sich schnell rasch um die hundert Mitglieder anschlossen. Zumal die obere Verwaltungsbehörde „Hessen Mobil“ die von Brombach nach Hirschhorn führende, ebenfalls marode Kreisstraße bereits zwei Mal unter Vollsperrung sanieren wollte. Der Eberbacher Stadtteil wäre dann völlig von der Außenwelt abgeschnitten gewesen, da die Verbindung nach Heddesbach nicht als Umleitung zugelassen worden war.

Der Gemeindeverbindungsweg zwischen Brombach und Heddesbach ist mit Schlaglöchern übersät. Fotos: Deschner

2017 habe man sich dann zu einem „runden Tisch“ getroffen, erinnerte Peter Reichert bei der Unterzeichnung. Und unter Beteiligung beider Kommunen, der Politik, der Bürgerinitiative, des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis und mit Rückhalt sämtlicher Kreistagsfraktionen erstmalig einen „echten“ Lösungsvorschlag erarbeitet. Jetzt setze man das Flurneuordnungsverfahren in Gang, was aber nicht bedeute, „dass es morgen losgeht“, schränkte das Stadtoberhaupt ein. Die Vorzeichen seien jedenfalls gut, ergänzte Lothar Schlesinger. Denn man betreibe ein „Fokus-Verfahren“, was für „Flurneuordnung, optimiert, konzentriert und schnell“ stehe.

So sei der Zeitplan ambitioniert. Nach einem entsprechenden Kabinettsbeschluss könne es Anfang 2019 vielleicht schon zur Anordnung des Verfahrens kommen, dann die Ausschreibung erfolgen und 2020 der Bau starten. Gerechnet mit einer Bauzeit von etwa einem halben Jahr. Mit Gesamtkosten von gut 1,7 Millionen wird kalkuliert. Das Geld soll von verschiedenen Seiten kommen. Aus Mitteln der Flurneuordnung sollen 850 000 Euro fließen, die Gemeinde Heddesbach beteiligt sich mit 75 000 Euro, der Rhein-Neckar-Kreis steuert 200 000 Euro und der Kreis Bergstraße 100 000 Euro bei.

Eventuell gibt auch noch die Stiftung Evangelische Pflege Schönau als großer Waldbesitzer eine Zuwendung. Maximal bleiben an der Stadt Eberbach 475 000 Euro hängen, die sich möglicherweise durch Mittel vom Ausgleichstock um weitere 140 000 Euro reduzieren.

Freie Wähler
Kreisverband Rhein-Neckar e. V.

Peter Riemensperger
Kreisrat der Freien Wähler
Scheffelstraße 15, Ilvesheim
peter.riemensperger@fw-ilvesheim.de
www.facebook.com/freiewaehler.rheinneckar